

HUMAN PLACES

INFORMATIONSBLETT ZUR FLÜCHTLINGSPOLITIK IN MECKLENBURG-VORPOMMERN



DER KOALITIONSVERTRAG AUF DER BUNDESEBENE STEHT

WAS IST FÜR FLÜCHTLINGE DRIN?

REFUGEEES WELCOME ODER NICHT?

EIN RÜCKBLICK AUF DIE LETZTEN 12 MONATE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

„AM ANFANG BIN ICH NUR MITGEGANGEN“

INTERVIEW MIT RONJA ULLRICH VOM ARBEITSKREIS KRITISCHER JURISTEN
AUS GREIFSWALD

IMPRESSUM

Titel: „Human Places“

Ausgabe: Heft 3/13

Hrsg.: Flüchtlingsrat
Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Postfach 11 02 29,
19002 Schwerin

Tel.: 0385/581 57 90

Fax: 0385/581 57 91

E-Mail: kontakt@fluechtlingsrat-mv.de

Internet: www.fluechtlingsrat-mv.de

Redaktion:
Ulrike Seemann-Katz
Doreen Klamann-Senz

Fotos (soweit nicht anders angegeben):
Archiv Flüchtlingsrat

Layout: Diana Burandt

Redaktionsschluss:
17. Dezember 2013

Titelfoto: Verein Demokratisches Ost-vorpommern – Verein für politische Kultur e.V.

Download dieses Heftes unter:
www.fluechtlingsrat-mv.de/aktuelles/hp/

Wir freuen uns über Manuskripte und Zuschriften.
Für unverlangt eingesandte Fotos, Manuskripte und Materialien wird jedoch keine Haftung übernommen. Im Falle des Abdrucks kann die Redaktion kürzen.
Manuskripte sollten als Datei (CD-Rom oder E-Mail) geliefert werden.
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.

Dieses Informationsblatt wird durch den Europäischen Flüchtlingsfonds, den Förderverein PRO ASYL e.V., die UNO Flüchtlingshilfe e.V. und dem Landesamt für Gesundheit und Soziales MV gefördert.

INHALT

| | Seite |
|---|-------|
| Impressum | 2 |
| Editorial | 3 |
| Ein Rückblick auf die letzten 12 Monate in Mecklenburg-Vorpommern | 4 |
| Initiativen engagiert in der Flüchtlingshilfe und gegen Rassismus Bürgerinnen und Bürger können sich anschließen | 6 |
| Am Anfang bin ich nur mitgegangen Ehrenamtliche berichten über ihr Engagement | 9 |
| Asmala Musuf Ehrenamtlicher aus Schwerin | 11 |
| Cordula Gerburg Ehrenamtliche aus Parchim | 12 |
| Fine Grafenhorst Ehrenamtliche aus Viereck | 12 |
| Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene steht Was ist für Flüchtlinge drin? | 14 |
| Und wieder standen sie vor der Perspektivlosigkeit... | 16 |
| Plakat vom Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge | 17 |
| Flüchtlingsheime teils in desolatem Zustand Brief aus Wismar | 18 |
| Aussetzung der Rückführung in Balkanstaaten | 18 |
| Veranstaltungstipps Baltic Sea Conference und Fortbildung Dublin III | 19 |

EDITORIAL

Liebe Leser_innen,

und schon wieder geht ein Jahr zu Ende, in dem sich einiges für Flüchtlinge geändert hat. Das waren teils positive Dinge wie z. B. die Änderung der Beschäftigungsverordnung, die theoretisch Flüchtlinge früher in Arbeit kommen lassen soll und AsylbewerberInnen den Geduldeten gleichstellt. Lest/Lesen Sie dazu auf der Seite 15 über Neuigkeiten zum Thema „Flüchtlinge und Arbeitsmarkt“.

Es gab in diesem Jahr aber auch unschöne Entscheidungen wie die Beschlüsse der EU zur Flüchtlingspolitik, die z.B. die Inhaftierung von Flüchtlingen erleichtern, die die Abschottung Europas verstärken, die den Zugang zum Menschenrecht auf Asyl behindern. Wir werden in einem der nächsten Hefte in gewohnt kritischer Weise darüber berichten, wenn mehr Erfahrungen mit der Umsetzung der neuen Richtlinien und auch mit EUROSUR vorliegen. Dieses Heft beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit einem Problem, das uns seit Jahren begleitet: Angesichts steigender Flüchtlingszahlen und vermehrter rassistischer Proteste auch in unserem Bundesland warnen wir vor einer rassistisch aufgeladenen Debatte auf dem Rücken der Schutzsuchenden. Zugleich ist aber auch das Engagement für die Flüchtlinge vor Ort gestiegen. Dieses Engagement freut uns, und wir sehen in der Vernetzung und Unterstützung dieses Engagements vor Ort eine unserer zentralen Aufgaben. Interviews dazu finden sich auf den Seiten acht bis dreizehn. An dieser Stelle danken wir unser ehemaligen fleißigen und gewissenhaften Praktikantin Juliane Schwarz für ihre Recherche, die zahlreichen Gespräche mit den Initiativen und Ehrenamtlichen und daraus entstandenen Artikel.

Wie in jedem Heft gibt es die Serviceseite mit Terminhinweisen und last, but not least gibt es wie immer die Bitte um Spenden. Immer wieder gibt es Hilfebedarf vor Ort: Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtliche, Fahrkosten von Flüchtlingen, Übersetzungen von Dokumenten, Bluttests und vieles andere mehr. Da mehr Flüchtlinge nach Mecklenburg-Vorpommern kommen, steigt auch hier der Bedarf. Zu Weihnachten und für das neue Jahr 2014 wünschen wir uns, dass es mit der Verbesserung der Lebensbedingungen für Flüchtlinge weitergeht, dass



Ulrike Seemann-Katz, Foto: privat

der Familiennachzug aus Syrien deutlich erleichtert wird, dass alle, mit denen wir bislang gut zusammengearbeitet haben, uns weiterhin gewogen sind, und dass wir neue Unterstützung erhalten. Wir wünschen allen LeserInnen gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Wir wünschen wie immer viel Spaß bei der Lektüre und freuen uns, wenn das Heft Nutzen im Alltag in Beratung, Behörden und für die Flüchtlinge bringt, sowie über kritische und anerkennende Rückmeldungen.

Ulrike Seemann-Katz

REFUGEES WELCOME ODER NICHT?

EIN RÜCKBLICK AUF DIE LETZTEN 12 MONATE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN

Juliane Schwarz (ehem. Praktikantin beim Flüchtlingsrat MV)

Seit Anfang August ist Berlin-Hellersdorf in aller Munde – mit Bildern von Neonazis, die vor der Gemeinschaftsunterkunft feindliche Parolen rufen, als abschreckendes Beispiel für demonstrierten Fremdenhass und Rassismus, aber auch als ein Zeichen der Menschlichkeit mit all den AktivistInnen, die sich schützend vor ebenjenes Haus stellen und die Menschen, die dieses gerade erst bezogen haben, willkommen heißen wollen. Doch ist Berlin-Hellersdorf nur das „prominenteste“ Beispiel für die Reaktionen von AnwohnerInnen auf die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft und die Instrumentalisierung bestehender Ängste durch rechtsradikale Kräfte. Innenminister Friedrich nannte die steigenden Zahlen an Asylanträgen kürzlich „alarmierend“¹, obwohl sie sich noch weit unter dem Niveau der 90er Jahre befinden. Dies war nicht das erste Mal, dass der Bundesinnenminister mit tendenziösen Aussprüchen auf sich aufmerksam macht und gerade jenen Protest befeuert, über den er dann im Anschluss sagt, er schade „unserem Vaterland“.²

Die Kontroverse hatte nicht nur den Wahlkampf erreicht, sondern findet sich auch in den kleinsten Kommunen wieder, die zunehmend aufgefordert werden für die Unterbringung von Flüchtlingen zu sorgen. Ängste der AnwohnerInnen vor den neuen unbekanntem NachbarInnen wurden zusehends von der NPD ausgenutzt, um ihren eigenen „Angst-Wahlkampf“ zu betreiben. So nutzte sie im Rahmen ihrer sogenannten „Asyltour“ die Unwissenheit über das Asylverfahren und über die Rechte und Pflichten von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen gezielt aus und verbreitete Unwahrheiten über die Beweggründe der Einreise vieler Flüchtlinge. Verfolgte Menschen wurden auf Kundgebungen zu „Schmarotzern“ erklärt, die angeblich lediglich den Sozialstaat ausbeuten wollen würden. Befeuert wurden solche Thesen auch durch die wiederholten Äußerungen des Bundesinnenministers Friedrich, der immer wieder vor Sozialleistungsbetrug warnte. Dabei wurden verschiedene Themenbereiche wie die Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten und die Einreise von flüchtenden Menschen aus nicht-sicheren Drittstaaten miteinander vermengt. Statistiken, die keine höhere Kriminalitätsrate von in Deutschland ansässigen AusländerInnen verzeichnen wurden entsprechend uminterpretiert und die AnwohnerInnen mit dem Zerrbild des „kriminellen Ausländers“ verängstigt.

Kriminalität und Statistik:

Betrachtet man die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) genauer, stellt man fest, dass die auf den ersten Blick hohe Zahl an nichtdeutschen Tatverdächtigen nicht als belastbare Referenz genutzt werden kann. Zum einen beinhaltet diese Zahl viele Straftaten, die Deutsche gar nicht begehen können (wie zum Beispiel Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz), aber auch all jene Straftaten, die von TouristInnen oder Menschen begangen werden, die Deutschland nur durchreisen. Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass es sich bei den Zahlen der PKS nicht um die Anzahl der Verurteilten handelt, sondern um die Anzahl der erfassten Verdächtigen. Somit kann eine erhöhte Anzahl an nichtdeutschen Tatverdächtigen unter anderem auch auf umstrittene Maßnahmen wie das sogenannte „racialprofiling“ zurückgeführt werden. Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik für das Land Mecklenburg-Vorpommern 2012

Auch wurden Arbeitsverbote und strenge Reglementierungen zum Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen verschwiegen und stattdessen insbesondere in strukturell schwächeren Regionen die Angst vor der Arbeitslosigkeit aufgrund der Konkurrenz mit AsylbewerberInnen auf dem Arbeitsmarkt geschürt.

Vielorts erwartete die NPD jedoch nicht die erhoffte nationale Hörerschaft, sondern breite Bündnisse aus BürgerInnen, Vereinen und Parteien, die sich den rassistischen Hetzreden entgegenstellten. Und dennoch zeigt die Resonanz auf die Veranstaltungen der NPD, sei sie auch bedeutend schwächer gewesen, als von dieser erhofft, dass in der Bevölkerung noch ein hoher Aufklärungsbedarf zum Thema Asyl in Deutschland herrscht. Viele Parolen, die die NPD auf ihren Veranstaltungen prägt, finden sich so oder ähnlich auf Anwohnerversammlungen wieder. Die NPD ist mit ihrem Konzept der Erzeugung von Angst vor den unbekanntem Menschen somit wohl doch erfolgreicher, als es auf ihren spärlich besuchten Kundgebungen den Anschein macht.

Dies schlägt sich auch in dem folgenden Auszug an rassistischen Übergriffen und Demonstrationen gegen Gemeinschaftsunterkünfte und deren BewohnerInnen nieder.

November 2012:

Zum Gedenktag der Novemberpogrome von 1939 plant die NPD einen „Fackelmarsch gegen Asylmissbrauch“ durch Wolgast. Die geplante Route entlang der Gemeinschaftsunterkunft wird verlegt und das Tragen von Fackeln verboten. Zahlreiche GegendemonstrantInnen versuchen die Demonstration mit Mahnwachen zu behindern. Viele AnwohnerInnen nehmen an einem Laternenumzug für Toleranz und Demokratie teil.

März 2013:

Die NPD hält in Güstrow eine Demonstration gegen die geplante Gemeinschaftsunterkunft ab. AnwohnerInnen finden anonyme Flugblätter in ihren Briefkästen, die vor den angeblich durch die Flüchtlinge drohenden „Gefahren“ warnen.

April 2013:

In Güstrow wird ein Werbeträger durch das Aufbringen eines 8 x 1,5 m großen Plakates beschädigt. Die Botschaft des Plakates: „Dettmannsdorf sagt nein – wir wollen kein Asylantenheim“.

Auch der Bürgermeister wird Opfer der rechten Aktionen: sein privates Wohnhaus wird beschmiert: „Lichtenhagen kommt wieder“.

Mehrere afghanische Flüchtlinge werden in Greifswald überfallen. Das Fahrrad eines der Flüchtlinge wird beschädigt und zwei der Flüchtlinge werden geschlagen. Als sie zur Gemeinschaftsunterkunft flüchten, werden sie bis zum Eingangstor verfolgt.

Mai 2013:

Die NPD hält mehrere Kundgebungen ab, um gegen die geplanten Gemeinschaftsunterkunft in Güstrow-Dettmannsdorf Stimmung zu machen und Ängste der AnwohnerInnen zu wecken und zu schüren.

Juni 2013:

Als die ersten Flüchtlinge die Gemeinschaftsunterkunft in Güstrow beziehen, werden sie mit Knallkörpern beworfen und feindlichen Parolen werden gerufen.

Ein PKW und ein Motorrad überholen in der Nacht nahe Bergen auf Rügen zwei am Straßenrand gehende ghanaische Flüchtlinge. Der PKW wendet jedoch nach wenigen Metern und fährt mit hoher Geschwindigkeit direkt auf die beiden Männer zu. Diese retten sich in letzter Sekunde durch einen Sprung in den Graben. Als sie dann flüchten, werden sie mit etwas Abstand langsam von dem Motorrad bis zum Ortseingang verfolgt.

Um ca. 2 Uhr nachts werfen unbekannte TäterInnen zwei Knallkörper auf das Gelände der Gemeinschaftsunterkunft in Güstrow. Dabei wird ein par-

kender PKW leicht beschädigt. Eine Gruppe von lärmenden Jugendlichen ruft vor der Gemeinschaftsunterkunft in Wolgast Parolen wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“.

AnwohnerInnen aus Blankensee demonstrieren auf einer Bürgerversammlung gegen die geplante Unterbringung von 40 AsylbewerberInnen in ihrem Ort. Der Landkreis lenkt schließlich ein und reduziert die geplante Anzahl der Unterzubringenden auf 6.

August 2013:

Beim Bezug der Gemeinschaftsunterkunft in Gresenhorst erwarten die Flüchtlinge Schilder mit fremdenfeindlichen Parolen.

In Schwerin wird ein in Afghanistan geborener junger Mann von einer sechsköpfigen Gruppe erst rassistisch beschimpft und dann zusammengeschlagen. Aufgrund des Angriffs muss der Mann mit schweren Verletzungen an Gesicht und Armen ins Krankenhaus gebracht werden.

Auch in Sellin auf Rügen wird ein junger Mann mit vermutetem Migrationshintergrund an der Seebrücke beleidigt und so geschlagen, dass seine Verletzungen an Gesicht und Brust im Krankenhaus versorgt werden müssen.

Ein Mann aus Gabun wird Opfer eines Angriffs, als er in Rostock Lütten Klein mit seinem Fahrrad am Warnowcenter entlangfährt. Erst wird er von einer dreiköpfigen Gruppe beschimpft und als er darauf nicht reagiert und weiterfährt, von einer vierten Person gegen den Oberkörper getreten. Er stürzt zu Boden und bricht sich das Jochbein. Sowohl die Gruppe als auch der Täter entfernen sich vom Tatort ohne dem bewusstlos am Boden liegenden Mann zu helfen. Dieser liegt 5 Stunden schwerverletzt am Boden, ehe er Hilfe bekommt. Angeblich hat niemand den Mann bemerkt.

November 2013:

In Eggesin werden innerhalb weniger Tage mehrere Fenster der Flüchtlingsunterkunft mit Bierflaschen eingeworfen.

In Friedland stellen sich Anwohnende und GegendemonstrantInnen den zum Gedenktag der Novemberpogrome aufmarschierten NPD-AnhängerInnen und SympathisantInnen in den Weg. Bei einem Friedensfest zeigen sie, dass auch in ihrem Ort kein Platz für rassistisches Gedankengut ist.

Quellen: Pressemeldungen der Polizei Mecklenburg-Vorpommern, Ostseezeitung, Norddeutsche Neuste Nachrichten

¹ www.spiegel.de/politik/deutschland/asylbewerber-zahl-der-ant-raege-in-deutschland-weiter-gestiegen-a-916453.html

² www.focus.de/politik/deutschland/nach-protesten-gegen-asylbewerberwohnheim-innenminister-friedrich-neonazis-schaden-unserem-vaterland_aid_1078295.html

INITIATIVEN ENGAGIERT IN DER FLÜCHTLINGSHILFE UND GEGEN RASSISMUS

BÜRGERINNEN UND BÜRGER KÖNNEN SICH ANSCHLIESSEN

Juliane Schwarz (ehem. Praktikantin beim Flüchtlingsrat MV)

Während einige Wenige mit rassistischen Protesten auf sich aufmerksam machen, arbeiten viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern häufig von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen in Initiativen, die sich für Flüchtlinge und gegen Rassismus einsetzen. Die Einen versuchen die Versorgungslücken in der Flüchtlingsbetreuung mit ehrenamtlichem Engagement zu füllen beispielsweise bei der Hausaufgabenbetreuung oder der Hilfe beim Gang zu Behörden. Andere wiederum setzen sich für eine offene und demokratische Gesellschaft ein, indem sie rassistischem und rechtsextremem Gedankengut entschlossen entgegengetreten. Einige dieser Initiativen werden im Folgenden vorgestellt. Die Interviews werden aufgrund des Platzmangels teils gekürzt dargestellt.



Der Arbeitskreis kritischer JuristInnen Greifswald (AKJ)

ist eine Gruppierung von Studierenden, die sich in der örtlichen Flüchtlingsunterkunft ehrenamtlich betätigen. Zwar habe es schon länger einen AKJ in Greifswald gegeben, dieser wäre je-doch mit dem abgeschlossenen Staatsexamen der „führenden Köpfe“ und deren Wegzug etwas eingeschlafen, erklärt Ronja Ullrich (aktives Mitglied des AKJ). Zum Wintersemester 2010/11 habe er sich dann aber durch das Engagement einiger Studierender wieder neu formiert.

Ronja, welche Aufgaben erledigt der AKJ?

„Mehrere Personen betätigen sich in der Arbeit mit Flüchtlingen. Einmal in der Woche haben wir im Heim unsere Sprechstunde. Wir kümmern uns eigentlich um alle Probleme, die so anfallen. Da wir unabhängig sind, haben wir einen ganz anderen Ansatz als andere BeraterInnen, wir sehen die Menschen dort persönlicher und können auch mal jemanden auf eine Party einladen. Häufig helfen wir mit Behördenbriefen.“

Ist es eine Voraussetzung Jura zu studieren, um mitwirken zu können?

„Eigentlich gibt es keine Voraussetzungen als solche- außer den JurastudentInnen betätigen sich z.B. auch PsychologiestudentInnen bei uns. Man sollte sich nur mit unseren Werten identifizieren.“

Welche Verbesserungen wünschst du dir für Flüchtlinge?

„Ich wünsche mir, dass die Behörden den Menschen gegenüber vorbehaltlos auftreten und den Unsicherheiten der Menschen auch Rechnung tragen. Sie müssen den Flüchtlingen mehr entgegen kommen und den Menschen als solchen mehr wahrnehmen. Ansonsten bräuchten wir eine generelle Änderung der gesetzlichen Lage! Insbesondere ist es sehr wichtig, dass die Menschen arbeiten können und dürfen. Viele wollen gerne ihren eigenen Lebensunterhalt bestreiten und gerade nicht Sozialleistungen vom Staat beziehen, aber bekommen keine Arbeitserlaubnis. Die Untätigkeit in der Unterkunft belastet die Menschen.“

Wie hast du die Proteste gegen Gemeinschaftsunterkünfte erlebt und was habt ihr als Initiative gezielt dagegen getan?

„In Greifswald gab es zwar einen einzelnen Übergriff, aber keine größeren Demonstrationen. Wir sind aber auch nach Wolgast gefahren und haben dort gegen die Nazis demonstriert.“



Rock gegen Rechts

sorgt schon seit 2005 für lautstarken Protest gegen Rassismus und Rechtsradikalismus in der Region. Dabei finden jährlich Konzert- und Informationsveranstaltungen statt. Als reine Musikveranstaltung gestartet gibt es mittlerweile ein umfangreicheres Angebot mit Ausstellungen, Fußballturnieren etc. mit nahegelegenen Angaben etwa 25 Aktiven und 70 UnterstützerInnen.

Wie sind Sie auf das Engagement gekommen?

„Durch die politische Entwicklung in der Hansestadt Stralsund. Hier gewann die NPD 2004 Sitze in der Bürgerschaft. Außerdem wollten wir der rechten Jugendkultur etwas entgegensetzen.“

Welche Aufgaben hat Rock gegen Rechts genau?

„Bildung, Emanzipation, Aufklärung und Gegenkultur schaffen“

Was zeichnet Rock gegen Rechts Stralsund aus?

„Ehrenamtlichkeit, Vielfalt (bei den Mitgliedern der Initiative und bei den Veranstaltungen), Wandelbarkeit, Kontinuität und pädagogische Herangehensweise“

Welche Erlebnisse motivieren Sie am meisten?

„Begeisterung der Besucher_innen, Gedankenaustausch (intern und extern), Gewinnung von neuen Mitstreiter_innen“

Welche Verbesserungen wünschen Sie sich für Flüchtlinge?

„Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte – für dezentrale Unterbringung, Arbeitsrecht, kein Mensch ist illegal, Ermöglichung der gesellschaftlichen Teilhabe“

Stop it-Rassismus bekämpfen, alle Lager abschaffen!

Während andere Initiativen eher regional arbeiten, versucht „Stop it-Rassismus bekämpfen, alle Lager abschaffen!“ MV-weit zu agieren. Die Gründung 2010 nahm Anstoß an dem Hungerstreik einiger Flüchtlinge in Horst/ Boizenburg. Dabei spielt die Sensibilisierungsarbeit auf der einen Seite und die Schaffung von Unterstützungsstrukturen vor Ort auf der anderen Seite eine bedeutende Rolle.

Was zeichnet „Stop-it!“ aus?

„Stop-it“ hat einen starken Netzwerkcharakter. Wir versuchen eng mit Flüchtlingen in Kontakt zu bleiben und uns für die Rechte der Flüchtlinge und eine Verbesserung der Lebenssituation einzusetzen. Und wie der Name schon sagt, setzen wir uns für den Kampf gegen Lager ein und wollen Flüchtlinge bei ihrem Protest unterstützen.“

Welche konkreten Aktivitäten betreibt „Stop-it!“ gegen rechte Gewalt und rechtes Gedankengut?

„Generell die Arbeit als solche, da Positionen vertreten werden, die rechten Positionen entgegenstehen. Aber auch öffentliche Aktionen, klare Positionierung in Öffentlichkeitsarbeit, Kontakt zu Opfern suchen und Betroffene unterstützen gehören dazu. Darüber hinaus haben wir in Rostock in einem offenen Brief die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle vorgeschlagen- inklusive antirassistischer Leitlinien.“

Was fällt euch spontan zum Thema Proteste gegen Gemeinschaftsunterkünfte ein?

„Gerade jetzt, dass es an sehr vielen Orten stattfindet und dass es durch die gesellschaftliche Stimmung NICHT verpönt ist auch offenen Rassismus zu zeigen. Natürlich auch Lichtenhagen 1992, das Progam gegen die damalige ZAST und das Wohnheim vietnamesischer GastarbeiterInnen ist immer wieder Thema.“

Situationen wie in Berlin-Hellersdorf sind beängstigend und Parallelen zu Rostock 1992 drängen sich geradegehend auf. Aber das ist auch eine Motivation zur Aufklärungsarbeit über die Prognose in Deutschland in den 90er Jahren. Allgemein ist es jedoch sehr besorgniserregend.

Und dann ist auch das Wort „Gemeinschaftsunterkünfte“ an sich beschönigend. Die Betroffenen selbst sprechen ganz offen von „Lagern“ und nichts anderes sind es.“



Die Initiative für Ausländer Neubrandenburg

ist eine kleinere Gruppierung, die vor allem den Kindern von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen „ein Stück neue Heimat“ schaffen will, wie Hartmut Weise, der die Gruppe zusammen mit Karin Reddemann leitet, berichtet.

Wie und wann ist diese Gruppierung entstanden?

„Die Gruppe gründete sich im Herbst 1991. Unter dem Thema „Ausländer - unsere Brüder und Schwestern?“, trafen sich in den Räumen der katholischen Kirche, Bürgerinnen und Bürger der Stadt, um miteinander darüber zu diskutieren, wie ein besseres Miteinander zwischen Ausländern und Einheimischen möglich wäre. Als offene Gruppe arbeiteten evangelisch Gläubige und Menschen ohne Religion mit. Für die Initiativegruppe stand auf jeden Fall fest: Egal aus welchen Gründen und unter welchen Umständen Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land kommen; Niemand verlässt ohne Not seine Heimat.“

Wie viele Menschen wirken regelmäßig in der Initiative mit?

„Wir sind eine sehr kleine Gruppe mit freiem Zugang, aber relativ fester Bindung zum Personal der Gemeinschaftsunterkunft und der Friedenskirche in der Oststadt, wo die gemeinsame Eröffnung der Interkulturellen Woche seit mehreren Jahren stattfindet.“

Welche Verbesserungen wünschen Sie sich für Flüchtlinge? (vor Ort, Politik, ...)

„Eine Lösung der „alten“ Problemfälle durch die Politik und dass die Verantwortung der Flüchtlingspolitik nicht immer von oben nach unten und von unten nach oben geschoben wird. Durch immer neue Probleme in der Asylproblematik gehen die „Langzeitfälle“ unter. Somit besteht auch eine Gefahr des Aktionismus. Integrationsbeauftragte sollten gesetzlich die gleiche Stellung wie Gleichstellungsbeauftragte bekommen. Integration hat schließlich auch was mit Gleichstellung von Menschen in unserer Gesellschaft zu tun.“



Die Bürgerinitiative Bunt statt braun

gehört zu den bekannteren Initiativen in M-V. Das Logo mit dem bunten Schmetterling hat sich zunehmend zu einem Markenzeichen entwickelt und ist auf fast jeder Demonstration zu sehen. Obwohl das Haupteinzugsgebiet der Bürgerinitiative Rostock ist, kennt man „Bunt statt braun“ weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das läge wohl auch an der 12 000 Exemplare starken SOS-Eingangsaufkleber-Aktion, an der viele Geschäfte etc. teilnahmen, um ihre Solidarität mit Opfern rechter Gewalt zu demonstrieren, meint Geschäftsstellenleiter Torsten Sohn.

Was zeichnet „Bunt statt braun“ aus?

„Wir haben ein offenes Visier, jeder kann uns ansprechen. Wir sind ein sehr bekannter Verein, haben ein Büro mit Sprechzeiten und sind auch offen für Menschen und Unternehmen, die uns unterstützen wollen ohne dabei im Vordergrund zu stehen. Wir sind offen für alle Menschen egal ob CDU, FDP, SPD, ... oder auch für Menschen, die sich parteipolitisch nicht einordnen. Wir sind eine Plattform für alle Menschen, egal wie sie gestrickt sind, außer für Rechtsextreme.“

Welchen Aufgaben nimmt sich „Bunt statt braun“ an?

„Wir veranstalten Projektstage oder -wochen an Schulen mit unterschiedlichen Schwerpunkten wie Rechtsextremismus oder Demokratieentwicklung. Dazu bieten wir auch didaktische Handreichungen zum Thema an. Darüber hinaus organisieren wir die „Nacht der Kulturen“ zusammen mit vielen anderen Vereinen und mit Migrantenorganisationen.“

„Bunt statt Braun“ ist schon dem Namen her auf die Arbeit gegen Rechts ausgerichtet- folgt daraus auch, dass Sie sich für Flüchtlinge einsetzen?

„Wir versuchen es, indem wir zum Beispiel öffentlich auf aktuelle Ereignisse hinweisen. Wir haben auch schon einen Bowlingabend mit über 60 Kindern vom Asylbewerberheim veranstaltet. Allgemein schauen wir, was wir mit niederschweligen Angeboten erreichen können.“

Hat sich die Wahrnehmung dieses Themas durch die jüngsten NPD-Protteste verändert?

„Es ist noch stärker in den Fokus gerückt. Die Stadtgesellschaft als solche ist aufgeschlossener.“



Aktionsbündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt!

Den Mitgliedern und UnterstützerInnen des Aktionsbündnis Vorpommern: weltoffen, demokratisch, bunt! eint die Auffassung, dass die deutschlandweiten Probleme mit rechtsextremen Einflüssen, die sich auch in unserer Region äußern, konsequent und langfristig bekämpft werden müssen. Die Mitglieder und UnterstützerInnen des Bündnisses engagieren sich gegen die in Vorpommern vorhandenen neonazistischen Strukturen und setzen dem der Region oft verpassten „braunen Image“ ihr Engagement und die hier vorhandene Vielfalt entgegen.

Wie und wann ist die Initiative entstanden?

„Das Aktionsbündnis Vorpommern ist im Juli 2012 aus Anlass eines geplanten größeren Nazi-Konzerts in der Gegend entstanden. Seitdem haben wir das Thema Arbeit mit und für Geflüchteten auf der Agenda (s. z.B. Gegendemo & Blockade Wolgast, 9.11.2012), intensiver wieder seit August 2013, da seit November 2013 wieder Zuzüge in die Region stattfinden.“

Wie viele Menschen wirken regelmäßig in der Initiative mit und wer darf mitwirken?

„Im Aktionsbündnis sind wir etwas 60; beim Thema Arbeit mit und für Geflüchtete circa 30. Jeder kann mitmachen, Voraussetzung ist keine Verbandsmitgliedschaft mit Nazi-Zeug.“

Mit welchen Initiativen arbeitet Ihre Initiative zusammen?

Mit vielen zum Beispiel mit den Stadtverwaltungen; karitativen Vereinen; Parteien (insbesondere SPD, LINKE, Grüne); Kulturvereine (schloss bröllin e.V., Kulturscheune Eggesin); Kirchengemeinden, DemokratieLaden Anklam; Regionalzentrum für demokratische Kultur, Sportvereine und vielen anderen.

Welche Verbesserungen wünschen Sie sich für Flüchtlinge?

Angstfrei leben zu können, sich kreativ als mitgestaltende BewohnerInnen der Gegend einbringen zu können.

Betreibt Ihre Initiative mit ihrem Engagement direkt oder indirekt Flüchtlingspolitik? Wenn ja, wie?

Selbstverständlich. In den Städten und Gemeinden werden Geflüchtete nur dann entsprechend des oben benannten Zieles leben können, wenn das vor Ort gegebene Sozialprestige für sie eingesetzt wird. Das bedeutet, dass BürgermeisterInnen, einflussrei-

che Personen in Parteien und Vereinen (Sport, Kultur, etc.), öffentlichen Institutionen (Schulen, KiTas, Polizei, Gerichte, Verwaltung) und privaten Institutionen (insbes. Wirtschaft) zu konkretem Handeln aber eben auch öffentlichen Stellungnahmen (Presse, Veranstaltungen, etc.) gebracht werden müssen. Das sind eminent politische Vorgänge, ohne in irgendeiner Weise deswegen parteipolitisch sein zu müssen.

Was fällt Ihnen spontan zum Thema Proteste gegen Gemeinschaftsunterkünfte ein?

Nazi-gesteuerte Hetze; man muss sehr genau abwägen, welche sogenannte „Sorgen der Bevölkerung“ man durch „Ernstnehmen“ überhaupt erst salonfähig macht. Welche Angst sollte man begründeterweise vor solchen Unterkünften haben können? Da beginnt die Täter-Opfer-Umkehr. Es sind die Nazis, vor denen Geflüchtete leider allzu oft Angst haben müssen.

Was könnte der Flüchtlingsrat für Sie tun- wie könnte der Flüchtlingsrat M/V die Arbeit von „Vorpommern weltoffen demokratisch bunt“ unterstützen?

Vertrauensarbeit bei der Landeskoordinierung der Sozialamtsleiter leisten (insbesondere, um Termine von Zuweisungen schneller zu wissen); bei den Schweriner Ministerien Lobby-Arbeit machen für die Bereitstellung von Mitteln zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements in diesem Feld; gemeinsam beim BAMF einen größeren Realitätssinn schaffen; Erstberatung von Asylsuchenden vor Ort in Vorpommern ermöglichen: wir kennen die Unterkünfte, haben auch recht viel Zugang zu Personen, in Greifswald sind einige fach- & sachkompetente Personen, aber allgemein sehr dünn gesät. Wie wäre ein

Beratungsmobil? Die NPD macht ihre hetzerischen „Asyltouren“, warum organisieren wir nicht gemeinsam unterstützende „Asyltouren“?

Kontakte:

Bunt statt Braun
post@buntstattbraun.de

Arbeitskreis kritischer JuristInnen (AKJ) Greifswald
akj-greifswald@systemausfall.org

Stop it! Rassismus bekämpfen, alle Lager abschaffen!
stop_it@gmx.de

Rock gegen Rechts Stralsund
info@rockgegenrechts.com

Initiative für Ausländer Neubrandenburg
igfanb@aol.de

Initiativkreis Asylbewerber Güstrow
karen-larisch@t-online.de

Vorpommern weltoffen, demokratisch, bunt
info@vg-weltoffen.eu

Antirassistische Initiative Rostock (AIR)
antira@systemausfall.org

Medinetz Rostock e.V.
medinetz.rostock@googlemail.com

„AM ANFANG BIN ICH NUR MITGEGANGEN“

Auf den folgenden Seiten geben Ehrenamtliche Antworten zu ihren Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit. Wir möchten allen BürgerInnen Mut machen, ebenfalls aktiv zu werden und konkrete Unterstützung anzubieten. Die Hilfe wird dringend gebraucht.



Ronja Ullrich begleitet ehrenamtlich Flüchtlinge in Greifswald zu Behördengängen und hilft gerne bei Alltagsproblemen oder behördlichen Briefen.

Ihr Engagement findet im Rahmen des Arbeitskreises kritischer Juristinnen (AKJ) Greifswald statt. Als sie ein Praktikum am Verwaltungsgericht in Schwerin absolvierte, war das für uns die Gelegenheit sich an einem der letzten schönen Spätsommertage am Ufer des Pfaffenteiches mit ihr über ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit und ihre persönlichen Erfahrungen damit zu unterhalten.

Wie bist du auf das ehrenamtliche Engagement gekommen?

„Als ich das Studium in Greifswald aufgenommen habe, haben mir linke und alternative Ideen gefehlt. Schließlich bin ich über eine Party, die der AKJ veranstaltet hat, auf den AKJ gekommen.“

Wie viel Zeit wendest du dafür auf?

„Anfangs waren es etwa drei bis vier Stunden in der Woche. Bei Einzelfällen können es aber auch acht Stunden oder mehr werden z.B. wenn eine Person zum Anwalt nach Hamburg begleitet wird. Aber oft zählen wir die Stunden nicht mit, die wir für die Fahrt aufwenden oder auch für einen Krankenhausbesuch bei einem Menschen nach einem Suizidversuch.“

Welche Erwartungen hattest du vor Aufnahme der Tätigkeit?

„Ich hatte keine richtige Vorstellung davon, wie die Menschen im Heim leben, war aber neugierig. Am Anfang bin ich nur mitgegangen und habe die anderen begleitet. Ich dachte, es könnte schwierig werden einen Zugang zu den Menschen zu finden, was bei einigen auch der Fall ist, bei vielen aber auch nicht. Auch hatte ich etwas Respekt davor Männer zu betreuen und wusste nicht, ob sie mich akzeptieren. Aber dann hat sich eher das Gegenteil gezeigt. Die Männer waren vorher gewohnt gewesen von zwei männlichen Studenten betreut zu werden und als ich dann da saß, haben sie schon fast zu viel höfliche Distanz gewahrt.“

Woher wissen die Betroffenen, dass du Hilfe anbietest?

„Werbung über die Sprache zu betreiben ist schwierig. Viel läuft über die Heimleitung. Außerdem haben wir unseren festen Raum und den festen Termin. Unsere Tür steht immer offen- so schauen viele aus Neugier mal hinein. Ansonsten hilft nur die Mundpropaganda. Das ist allerdings auch noch ausbaufähig. Insbesondere die Frauen zu erreichen ist sehr schwierig. Ich hab' es schon mal über Altkleiderspenden versucht und die Frauen dabei direkt angesprochen, aber es sind immer noch hauptsächlich Männer, die in unsere Sprechstunde kommen.“

Welche Aufgaben sind am anstrengendsten?

„Situationen, in denen einen die rechtliche Lage zur Verzweiflung bringt, weil man einfach nichts dagegen machen kann. Das hat sich allerdings schon gebessert. Es gibt immer Phasen, in denen Anträge, wie zum Beispiel auf dezentrale Unterbringung, stets erfolgreich sind und dann wieder Phasen, in denen solche Anträge kategorisch abgelehnt werden, egal wie begründet sie sind.“

Welche Erlebnisse motivieren dich am meisten?

„Das Gefühl gebraucht zu werden ist das Beste an

der Arbeit. Häufig reicht es schon den Personen zuzuhören und sie ernst zu nehmen.“

Kannst du deine Arbeit weiterempfehlen?

„Grundsätzlich natürlich ja, aber man muss schon soziale Kompetenz haben, muss einfühlsam sein und gut zuhören können. Man muss den Menschen vorbehaltlos entgegenreten und sie auch als gleichwertig behandeln. Besonders bei der Sprache muss man geduldig sein. Ich habe mittlerweile die Fähigkeit entwickelt die Flüchtlinge gut zu verstehen. Die Sprechstunde wird in Deutsch abgehalten und da muss man gelassen an die Sprachbarriere rangehen und darf nicht ungeduldig werden, sonst verunsichert man sein Gegenüber nur unnötig.“

Kannst du nach der Arbeit vom Erlebten richtig abschalten oder beschäftigt es dich noch länger?

„Nein, ein Abschalten ist für mich nicht ganz möglich- da muss ich mir noch eine Strategie erarbeiten. Ich träume viel von den Schicksalen. Besonders wird mir das deutlich, wenn ich nach einer bewegenden Sprechstunde in der Vorlesung sitze und es beispielsweise um die Produkthaftung bei Glasflaschen geht. Das ist dann auf einmal alles so belanglos, eine Kleinigkeit verglichen mit der menschlichen Existenz, um die ich mich in der Sprechstunde gekümmert habe.“

Wie erlebst du das gesellschaftliche Bewusstsein für das Thema im eigenen Umfeld?

„Positiv, immer mehr Leute interessieren sich für die Mitarbeit. In Greifswald ist das Thema mittlerweile sehr publik geworden. Auch die Uni erkennt zum Beispiel den Deutschunterricht, den die StudentInnen des Studiengangs Deutsch als Fremdsprache in dem Heim geben, als Praktikum an. Immer mehr Leute sind im Heim aktiv. Auf der anderen Seite haben auch viele Berührungsängste und können sich insbesondere die Arbeit mit männlichen Flüchtlingen schwer vorstellen. Andere JuristInnen, aber auch meine Eltern zeigen manchmal etwas Unverständnis, da dieser Bereich keinen allzu hohen Verdienst verspricht. Die ProfessorInnen raten manchmal sich doch mit dem BGB zu beschäftigen, immerhin sei das Thema Asylrecht doch nicht examensrelevant.“

Nach den schrecklichen Szenen in Berlin-Hellersdorf möchten Flüchtlinge teilweise schon aus der Unterkunft ausziehen, da sie sich nicht mehr sicher fühlen- hast du schon ähnliches erlebt?

„Manchmal hören wir von Menschen, dass sie sich in Greifswald unwohl fühlen. Sie erzählen, dass sie das Gefühl haben, dass man sie komisch anguckt. Aber ich denke das liegt vielleicht auch an einer subjektiven Empfindsamkeit, da sie unsicher über ihren rechtlichen Status und die Dauer ihres Aufenthaltes sind und sich deswegen immer etwas fremd fühlen.“



„Bin ich mit Flüchtlingen unterwegs, kommt es vor, dass ich gefragt werde, warum ich mir den Stress überhaupt mache“

Asmala Musuf begleitet ehrenamtlich Flüchtlinge in Schwerin**Wie bist du auf das ehrenamtliche Engagement mit Flüchtlingen gekommen?**

„Angefangen hat alles 1991. Damals kam ich als Asylbewerber aus Nigeria nach Schwerin. Dort hatte ich regelmäßig Kontakt zu Annette Köppinger, der damaligen Integrationsbeauftragten in Schwerin. Seitdem hat mich diese Arbeit nicht mehr losgelassen. Ich war dann 10 Jahre als Sozialbearbeiter in der damaligen Flüchtlingsunterkunft angestellt. Jetzt arbeite ich hauptberuflich als Wachmann für die Wohnungen der Flüchtlinge in der Hamburger Allee in Schwerin.

Dadurch habe ich ja regelmäßig Kontakt zu den Flüchtlingen und helfe ihnen über meine Arbeit hinaus in meiner Freizeit. Als ich nach Schwerin kam, habe ich Unterstützung erhalten, für die ich sehr dankbar bin. Dasselbe möchte ich für andere tun und meine Erfahrungen weitergeben.“

Welche Arbeit machst du ehrenamtlich in welchem Umfang?

„Regelmäßig bin ich unterwegs mit Flüchtlingen zwischen Behörden und Ärzten und Beratungsstellen, d.h. ich begleite sie und dolmetsche für sie. Viele MitarbeiterInnen vor Ort sprechen anders als viele Flüchtlinge kein Englisch, wodurch einfach Absprachen nicht gut funktionieren. Flüchtlinge, egal aus welchem Land, ob Mann oder Frau, wenden sich an mich, erzählen mir ihre Situation und die Fluchtgrün-

de. Manchmal nehme ich mir also auch nur Zeit und höre Ihnen zu. Zum Umfang muss ich sagen, dass ich fast rund um die Uhr Anrufe auf meinem Handy erhalte und auch mal nach einer Nachtschicht mit Flüchtlingen nach Nostorf/Horst zum Bundesamt oder zur Abschiebungshaft nach Bützow fahre, um jemanden dort abzuholen.

Welche Erlebnisse motivieren dich am meisten weiter zu machen?

„Viele der Flüchtlinge, viele Armenier und Vietnamesen, die ich aus meiner Zeit als Sozialarbeiter kenne, sind noch hier. Das freut mich sehr für sie. Wenn wir uns auf der Straße sehen, danken sie mir immer wieder für die damalige Unterstützung. Dafür lohnt es sich, weiterzumachen.“

Welche Situationen sind am anstrengendsten?

„Bin ich mit Flüchtlingen unterwegs, kommt es vor, dass ich gefragt werde, warum ich mir den Stress überhaupt mache, was die Person denn in Deutschland will oder ob die Person überhaupt einen Asylgrund hat. Es sind Fragen, die daran zweifeln zu scheinen, dass die Person das Recht hat, in Deutschland zu sein. Im Beisein der Flüchtlinge übersetze ich diese Fragen nicht, weil ich denke, dass das Vertrauen in die jeweilige Person, in Deutschland verloren geht und sie sich natürlich schlechter fühlen. Es ist schwierig, mir nichts anmerken zu lassen.“



Cordula Gerburg über ihre ehrenamtliche Arbeit mit Flüchtlingen in Parchim

Wie bist du auf das ehrenamtliche Engagement in Parchim gekommen?

„Ich sehe viele politische Sendungen und verehere besonders den vor kurzem verstorbenen Stéphane Hessel und Jean Ziegler.

Über die Flüchtlingspolitik (die von prominenter Seite als „Pfusch“ bezeichnet wird, und jetzt, sollte die Große Koalition stattfinden, noch diffuser und uneffektiver sein wird) rege ich mich schon seit langem auf. Das ist sicher richtig, bringt aber nichts, und so habe ich dann beschlossen, SELBER das zu tun, was ich tun kann. Ich habe Mitarbeiter des Netzwerkes Arbeit für Flüchtlinge gebeten, mich in das Lager Parchim mitzunehmen. Dort habe ich eine iranische Familie kennengelernt, die ich ein Jahr lang betreut habe.“

Welche Erwartungen hattest du vor Aufnahme der Tätigkeit?

„Große, ich gebe es zu. Aber ich habe gelernt, dass alles seine Zeit braucht – vor allem in so einer Ausnahmesituation und bei der deutschen Bürokratie – und dass der Erfolg in kleinen Schritten liegt.“

Welche Aufgaben sind am anstrengendsten?

„Naja, Aufgaben: das können die langwierigen Sachen beim Jobcenter sein oder beim Arzt – ich finde eher Situationen anstrengend, wenn eine Frau sehr viel weint und ich ihr nicht helfen kann, oder sie hat starke Schmerzen, oder die Ehe zerbricht, weil die Familie zu Viert in einem Zimmer leben muss und die Kinder unter dem Stress leiden – das strengt mich an.“

Welche Erlebnisse motivieren dich am meisten?

„Wenn Menschen, die viel geweint haben, mich fröh-

lich begrüßen, weil sie mir glauben, dass es eines Tages nur besser sein kann! Wenn sie wieder ein bisschen albern sein können, bereit sind, mit anderen im Heim zu kommunizieren, wieder laut sprechen...“

Kannst du deine Arbeit weiterempfehlen? Werden weitere UnterstützerInnen gebraucht?

„Ja, schon, aber das ist eine sehr sensible Sache. Das Ganze muss ja mit der Leitung der Unterkunft abgestimmt werden: Man muss gegenseitig tolerieren, was der andere tut – manchmal nicht so einfach. Außerdem ist das nicht meine „Arbeit“. Ich habe 42 Jahre gearbeitet als Schauspielerin, und das ist jetzt mein freiwilliges, leidenschaftliches, unbezahltes Engagement.“



Fine Grafenhorst vom Aktionsbündnis Vorpommern weltoffen, demokratisch, bunt! über Ihr Engagement in Vorpommern

Wie sind Sie auf das Engagement gekommen?

„Weil ich als politisch denkender Mensch mich mit Asylthemen, Umwelt und Friedenspolitik beschäftige und hier in einer Region lebe, die von rechtsextrem denkenden Menschen durchsetzt ist. 2012 gehörte ich zu den Gründungsmitgliedern des Aktionsbündnisses.“

Welche Aufgaben haben Sie und wie viel Zeit bringen Sie dafür ein?

„Im Bündnis bin ich zur Zeit im Sprecherrat und arbeite in der Gruppe 'Willkommenskultur' mit, die sich mit konkreten Aufgaben zur Flüchtlingsbetreuung beschäftigt. Die aufgewendete Zeit ist abhängig von geplanten Aktivitäten innerhalb des Bündnisses und dem Sprecherrat. Z.B. Demonstrationen, Aktivitäten zur Aufklärung der Bevölkerung, wenn es um die Hetze von Rechts gegen Asylheime geht.“

Welche konkreten Aufgaben zur Flüchtlingsbetreuung meinen Sie?

„Gerade haben wir eine Weihnachtsfeier mit Familien aus Torgelow/Drögerheide gemacht. Andere von uns begleiten Flüchtlinge zu Behörden. Wieder andere nehmen Flüchtlinge auf den Sportplatz mit und bauen so Brücken zu Bürgern vor Ort. Für das kommende Jahr haben mein Mann und ich vor, einen Film mit Flüchtlingen zu drehen.“

Welche Erlebnisse motivieren Sie am meisten?

„Wenn in der Gemeinschaft Ergebnisse erzielt werden, die klar zeigen, dass Menschen in unserer Region aufmerksam registrieren, was wichtig für ein freies und demokratisches Leben ist. Schön war es, als ein Beispiel, dass ich, gemeinsam mit meinem Mann, zum Karneval der Demokratie mehrere Nachbarn aus umliegenden Dörfern zu einer Teilnahme bewegen konnte. Während der vorbereitenden Treffen wurde viel über Demokratie und den Umgang mit rechtem Gedankengut in unserer Nachbarschaft diskutiert. Als Gruppe von ca. 25 Menschen hatten wir viel Spaß beim Umzug der Demokratie. 100 Son-

nenblumen aus dem Garten eines Nachbarn wurden an die zuschauenden Menschen verteilt, einige lächelten völlig überrascht...“

Was fällt Ihnen spontan zum Thema Proteste gegen Gemeinschaftsunterkünfte ein?

„Da bin ich gespalten. Dezentrale Unterbringung wäre wünschenswert, dafür müsste aber genügend Unterstützung für die einzelnen Menschen und Familien organisiert sein.“

Auf jeden Fall muss ein Sicherheitskonzept erarbeitet werden, worauf, in einem akuten Bedrohungsmoment, zurückgegriffen werden kann. Gemeinschaftsunterkünfte, können, wenn sie mit genügend Wohnraum für die Flüchtlinge ausgestattet sind, auch einige Vorteile in sich tragen. Die Betreuung sei an erster Stelle genannt. Allerdings sollte unbedingt auf Konfliktpotential innerhalb der Flüchtlinge geachtet werden. Bestimmte Gruppierungen sollten getrennt untergebracht sein. Wichtig erscheint mir, dass eine Unterbringung, dezentral oder gemeinschaftlich, generell nicht in sozial schwache Wohngebiete erfolgen sollte!“

GANZ FRISCH: DIE FORTSETZUNG DES „NETZWERK ARBEIT FÜR FLÜCHTLINGE – NAF“ ZEICHNET SICH AB

[usk] - Zum Jahresende sollte das Projekt NAF auslaufen. Kurz vor Redaktionsschluss kam das Signal aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Es wird für die Bleiberechtsnetze noch einmal eine Verlängerung für ein Jahr geben. Damit kann die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt werden. In diesem Projekt beriet und unterstützte der Flüchtlingsrat bislang 263 Flüchtlinge aus ganz Mecklenburg-Vorpommern - die weitaus meisten in Rostock. Der Flüchtlingsrat ist dabei nur einer von 10 Netzwerkpartnern.

Insgesamt hat das Netzwerk 1044 TeilnehmerInnen erfasst. Das sind rund 50% mehr als die ursprünglich bei der Projektbeantragung anvisierten 700 TeilnehmerInnen. Das zeigt, dass ein viel größerer Bedarf an Beratung und Unterstützung besteht. Der Flüchtlingsrat hat im Rahmen des Netzwerkes auch die Multiplikatorenarbeit übernommen: Vernetzungsarbeit, Beratung der BeraterInnen, Qualifizierung.

Dazu hat er in 2013 sechs Seminare organisiert und landesweit an Gremien- und Vernetzungstreffen teilgenommen.

Nun soll es mit Veränderungen weitergehen. Es sollen flächendeckende Schulungen der Arbeitsverwaltung stattfinden. Diese Aufgabe wird der Flüchtlingsrat MV übernehmen. Dafür wird er Beratung und kontinuierliche Begleitung nur noch in wenigen Einzelfällen leisten. Die Beratung und Qualifizierung Engagierter in der Flüchtlingsarbeit und der Beratungsstellen bleiben erhalten.

Es sollen außerdem besondere Aktivitäten zur beruflichen Eingliederung junger Flüchtlinge (Übergang Schule-Beruf) vorgenommen werden. Hierfür wird die Beratungs- und Vermittlerstruktur im Netzwerk gestärkt und die Koordination zur strukturellen Umsetzung der Aufgabe herangezogen. Das Casemanagement wird ab 2014 bei den Integrationsfachdiensten angesiedelt sein.

DER KOALITIONSVERTRAG AUF BUNDESEBENE STEHT – WAS IST FÜR FLÜCHTLINGE DRIN?

Der Koalitionsvertrag steht unter dem Motto „Deutschlands Zukunft gestalten“. Flüchtlingspolitik ist angesichts der Seiten von 108 bis 110 nicht gerade ein Schwerpunkt. Wir begrüßen die geplante stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung als ersten Schritt zu einer humanitären Lösung, wir vermissen die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und wir kritisieren die geplante Erklärung der Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsländern auf das Schärfste. Geplant sind folgende Änderungen:

- eine Alters- und stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung angelehnt an den Bundesratsentwurf Schleswig-Holsteins, Voraussetzung: grundsätzliche überwiegende Lebensunterhaltssicherung
- Vereinfachungen beim Bleiberecht für Jugendliche und Heranwachsende (§25a AufenthG)
- Verkürzung der Verfahrensdauer für Asylverfahren auf drei Monate
- Erklärung von Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien zu sicheren Herkunftsstaaten
- Verstärkung und Ausbau von Resettlement, Erleichterungen beim Familiennachzug zu Resettlementflüchtlingsen
- Ausweitung der Residenzpflicht für alle auf das Bundesland, für Aufenthalte bis zu einer Woche außerhalb des Bundeslandes genügt eine Mitteilung an die Ausländerbehörde. Bei Studium, Berufsausübung und -ausbildung besteht in der Regel ein Anspruch auf Befreiung von der räumlichen Beschränkung und Wohnsitzauflage.
- Anhebung der Asylmündigkeit auf 18 Jahre
- Arbeitsmarktzugang nach drei Monaten, weiterhin Vorrangprüfung
- Früher Spracherwerb für Asylsuchende
- Zügige Umsetzung der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum AsylbLG
- Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert.

Auszug aus der Presseerklärung von Pro Asyl zum Koalitionsvertrag vom 27. November 2013

Koalitionsvertrag: CDU/CSU und SPD planen Ausbau der europäischen Abschreckungspolitik Bleiberechtsregelung ist wichtiger Fortschritt – PRO ASYL fordert Realisierung in den ersten 100 Tagen
Als insgesamt enttäuschend bewertet PRO ASYL in einer ersten Reaktion den Koalitionsvertrag. „Die Hardliner der Union haben sich bei der europäischen Flüchtlingspolitik durchgesetzt“, sagte Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. „Die SPD ist auf den Kurs der Abschottung eingeschwenkt.“ Der Ausbau der Abwehrmaßnahmen an und vor Europas Grenzen geht einher mit einigen Lockerungen im Inland. Die verabredete Bleiberechtsregelung erachtet PRO ASYL als wichtige Verbesserung, die in den ersten 100 Tagen umgesetzt werden muss. Die Grundpfeiler der Abschreckungspolitik wie Unterbringung in Lagern, das Sachleistungsprinzip oder das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz werden nicht angetastet. Die vorgesehenen Sprachkurse für Asylsuchende und Geduldete sind zu begrüßen, sie können ein Integrationskonzept für Flüchtlinge nicht ersetzen.

Vorverlagerung der Flüchtlingsabwehr – keine Initiative für eine solidarische Flüchtlingsaufnahme in Europa: Die heute vorgestellten Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen zeigen, dass die geplan-

te Regierungskoalition von CDU/CSU und SPD an der Abschreckungspolitik gegenüber Flüchtlingen festhalten will. Statt humanitäre Antworten auf das Massensterben im Mittelmeer zu formulieren, soll die Abschottung Europas weiter ausgebaut werden. Noch vorletztes Wochenende hat die SPD auf ihrem Parteitag beschlossen: „Nicht erst die dramatischen Schiffsunglücke vor Lampedusa haben uns eindringlich vor Augen geführt, dass es einen grundsätzlichen Kurswechsel in der europäischen Flüchtlingspolitik geben muss.“ Der Koalitionsvertrag setzt stattdessen auf Abschottung mithilfe von Drittstaaten – etwa in Nordafrika: „Die Bereitschaft von Herkunfts- und Transitstaaten bei der Bekämpfung der illegalen Migration, der Steuerung legaler Migration und dem Flüchtlingsschutz besser zu kooperieren soll geweckt oder gestärkt werden.“ Mit anderen Worten: Man hält daran fest, z.B. nordafrikanische Staaten als Türsteher Europas zu missbrauchen, indem diesen Wirtschafts- oder Entwicklungshilfe im Gegenzug zur Abwehr von Flüchtlingen gewährt werden. PRO ASYL kritisiert, dass die notwendigen humanitären Antworten auf die Krise der europäischen Flüchtlingspolitik fehlen. Bezogen auf die EU-Staaten an den Außengrenzen fordert der Koalitionsvertrag zwar „mehr Solidarität unter den EU-Mitgliedstaaten“ – was dies konkret heißen soll, bleibt jedoch völlig offen. Eine Änderung der Dublin-Verordnung ist nicht vorgesehen. (...).

Fortschritte beim Thema Bleiberecht: Als positiv ist die geplante Bleiberechtsregelung zu bewerten. Der Koalitionsvertrag sieht eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung vor, die für langjährig Geduldete den Sprung in eine Aufenthaltserlaubnis ermöglichen soll. Die überwiegende Sicherung des Lebensunterhalts soll ausreichen. PRO ASYL fordert, die vorgesehene Bleiberechtsregelung in den ersten 100 Tagen der Amtszeit der neuen Regierung umzusetzen. Nach dem langjährigen Stillstand in Sachen Bleiberecht wäre dies ein wichtiges Signal: Noch immer leben in Deutschland fast 86.000 Menschen mit einer Duldung, rund 36.000 bereits länger als sechs Jahre.

Koalition will Roma-Flüchtlingen den Zugang zum Asylverfahren verbauen: Der Koalitionsvertrag sieht vor, die Herkunftsstaaten Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. Dies steht in eklatantem Widerspruch zur Realität. In den drei Herkunftsstaaten werden Angehörige der Roma und anderer Minderheiten massiv rassistisch diskriminiert. Die Diskriminierung ist in vielen Fällen so umfassend, dass den Betroffenen der Zugang zu Arbeit, zu medizinischer Versorgung, zu regulären Wohnungen und oft gar zu sauberem Trinkwasser verwehrt bleibt. Dessen ungeachtet werden bereits heute Roma-Flüchtlinge Schnellverfahren unterworfen, bei denen keine erstzunehmende Prüfung der Fluchtgründe stattfindet, da von vornherein vorausgesetzt wird, die Asylgesuche seien unbegründet. Während in Staaten wie Belgien oder der Schweiz Asylverfahren von Roma im ersten Halbjahr 2013 Schutzquoten über zehn Prozent ergeben und damit der realen Situation in den Herkunftsstaaten zumindest zum Teil Rechnung tragen, sollen sie nach dem Willen der Koalition als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden.

Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Ausland: Das sogenannte Resettlement-Verfahren, mit dem schutzbedürftige Flüchtlinge aus den Erst-Zufluchtsländern aufgenommen werden, soll „deutlich ausgebaut“ sowie der Familiennachzug bezogen auf diese Gruppe erleichtert werden. Allerdings bleibt die Zahl der Aufnahmeplätze offen. PRO ASYL begrüßt die Ausweitung dieses in Kooperation mit UNHCR durchgeführte Aufnahmeprogramms. PRO ASYL fordert, dass die bisherige Zahl von 300 Flüchtlingen pro Jahr um ein Vielfaches gesteigert wird. Ein Ausbau des Aufnahmeprogramms für syrische Flüchtlinge ist ebenso wenig vorgesehen wie eine Erleichterung der Einreise von Syrern, deren Verwandte in Deutschland leben.

Lockerung der Residenzpflicht statt Abschaffung dieser Schikane: Noch immer soll das Instrument der Residenzpflicht – eine EU-weit einmalige Schi-

kane – nicht abgeschafft werden. Stattdessen soll die Bewegungsfreiheit von Asylsuchenden und Geduldeten jeweils auf das jeweiligen Bundesland begrenzt werden. Eine restriktivere Handhabung, wie in Bayern und Sachsen noch praktiziert, wird damit nicht mehr zulässig sein, was zumindest regional eine Verbesserung bedeutet. Bundesweit relevant ist, dass sich Asylsuchende künftig nun eine Woche lang jenseits der Grenzen ihres Bundeslandes bewegen dürfen, und dies nicht mehr eigens beantragen, sondern den Behörden nur noch mitteilen müssen. Ebenso ist zu begrüßen, dass ein Umzug aus dem zugewiesenen Bezirk künftig möglich sein soll, wenn woanders ein Studium, die Berufsausübung oder Berufsausbildung erfolgt.

Verkürzung des Arbeitsverbots – Diskriminierungen beim Arbeitsmarktzugang bleiben: Das Asylsuchende künftig nach drei Monaten statt bisher neun Monaten eine Arbeitserlaubnis erhalten sollen ist zwar positiv, allerdings will die Koalition an der sich daran anschließenden Phase des „nachrangigen Arbeitsmarktzugangs“ festhalten. Der „nachrangige Zugang“ zum Arbeitsmarkt gilt bis zum Ablauf des vierten Jahrs nach Einreise und bedeutet in der Praxis, dass auch bei Vorliegen eines Jobangebotes geprüft werden muss, ob nicht ein vorrangig zu berücksichtigender Arbeitssuchender zur Verfügung steht. Vorrang haben z.B. Deutsche und EU-Bürger. Nur wenn das nicht der Fall ist, können die Betroffenen die Stelle antreten. In strukturschwachen Regionen führt dies zu einem De-facto-Arbeitsverbot. In anderen Regionen schreckt die bürokratische Hürde Arbeitgeber davon ab, die Betroffenen einzustellen. PRO ASYL fordert ein Integrationskonzept für Asylsuchende von Anfang an. Dazu gehören Integrationskurse, die Unterbringung in Wohnungen, die Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes und einen uneingeschränkten Zugang zu Arbeitsmarkt und Bildung.

Beschleunigung der Asylverfahren zu Lasten der Qualität? Hinsichtlich der geplanten Verkürzung von Asylverfahren auf drei Monate weist PRO ASYL darauf hin, dass eine Beschleunigung der derzeit durchschnittlich ca. neun Monate langen Verfahren nicht zu Lasten der Qualität gehen darf. Ein schnelles Verfahren muss ein faires Verfahren sein mit sorgfältiger Aufklärung der Fluchtgründe.

Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention: In Sachen Kinderrechte sollen Flüchtlingskinder künftig nicht mehr bereits ab 16 Jahren als verfahrensmündig gelten – ein längst überfälliger Schritt, um den Schutzgedanken gegenüber Minderjährigen in den Vordergrund zu rücken.

www.proasyl.de

UND WIEDER STANDEN SIE VOR DER PERSPEKTIVLOSIGKEIT...

BERICHT EINER ARBEITSVERMITTLERIN ÜBER EINE ERFOLGREICHE INTEGRATION

Silke Weiher (Projektmitarbeiterin Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge, BALTICPERSONAL GmbH)

Bleiberechtigte und Flüchtlinge sind in Deutschland überproportional häufig von Arbeitslosigkeit betroffen.

Zu den Gründen gehören unzureichende Deutschkenntnisse, keine Schul- bzw. Berufsbildung im Heimatland, fehlende soziale Netze oder auch Diskriminierung. Viel zu selten erhalten Flüchtlinge die Möglichkeit ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen und vorhandene Potenziale weiterzuentwickeln.

Dass es auch anders geht, zeigt die Integration der Familie Manukyan/Hakobyan aus Rostock, die ich im Rahmen des Projektes „Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge M-V“ unterstützt habe. Frau Zareh Manukyan stellte im Juni 1997 als armenische Staatsbürgerin einen Asylantrag und lebte fortan in Rostock. Ohne Schul- bzw. Berufsabschluss gab es wenige Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Von Perspektivlosigkeit geprägt, zog die Familie zur Verwandtschaft nach Baden-Württemberg und fand dort Arbeit.

Ende des Jahres 2006 wurde die Familie vor die Wahl gestellt nach Rostock zurück zu gehen oder Deutschland zu verlassen. Sie brach die Zelte ab und kehrte nach Rostock zurück. Und wieder standen sie vor der Perspektivlosigkeit.

Über Mundpropaganda wurde Frau Manukyan im März 2009 auf unser Projekt aufmerksam und sprach bei der Balticpersonal GmbH in Rostock als Netzwerkpartner dieses Projekts vor. Der Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4 S. 2 ermöglichte Frau Zareh Manukyan den direkten Arbeitsmarktzugang. So konnte relativ schnell ein Arbeitgeber aus der Gastronomie in Rostock gefunden werden, bei dem Frau Zareh Manukyan eine Arbeitserprobung in Form eines Praktikums absolvieren konnte. Ab November 2009 bekam sie befristet für ein Jahr eine versicherungspflichtige Beschäftigung.

Ständiger Kontakt zwischen Arbeitgeber, Teilnehmerin und Netzwerkpartner führten dazu, dass Frau Manukyan in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen wurde. Dies wurde betriebsbedingt zum 31.10.2013 gekündigt. Durch die Unterstützung der



Balticpersonal GmbH im Rahmen des NAF-Projekts konnte Frau Manukyan jedoch zum 15.11.2013 eine neue Beschäftigung als Küchenhilfe aufnehmen.

Die Familie ist in Deutschland integriert, kann für ihren Lebensunterhalt selbst aufkommen und ist dankbar, dass es solche Bleiberechtsprojekte wie das Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge in M-V gibt und hofft, dass dies noch lange Bestand hat, um möglichst vielen Flüchtlingen und Bleibeberechtigten unterstützend zur Seite stehen zu können.



Assimiou Assakara
41 Jahre

Im Jahre 2004 kommt Assimiou Assakara nach Deutschland. Er flieht vor den Bedrohungen durch das Eyadema-Regime. Und auch heute sind die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Togo sehr prekär. Doch trotz seines unsicheren Aufenthaltes bleibt Assimiou Assakara nicht untätig. Mit Hilfe von Freunden und Bekannten begibt er sich auf Arbeitssuche - zum Beispiel als Helfer und in der Zeitarbeit. Aber Arbeit hat er immer nur für kurze Zeit. Dabei ist er gelernter Kfz-Mechaniker, und mit Elektronik kennt er sich auch gut aus.

ist seit Mai 2004 geduldet in Deutschland...

„Das Projekt NAF hat mir geholfen, wieder als Kfz-Mechatroniker arbeiten zu können - so wie in Togo“

Assimiou Assakara

| | |
|---------------------|---|
| Geburtsland | Togo |
| in Deutschland seit | Mai 2004 |
| im Projekt NAF seit | Juli 2011 |
| Aufenthaltsstatus | Duldung bis 04/2017 |
| zur Zeit | Mechanikerhelfer |
| Berufsziel | Anerkennung seiner Berufsausbildung zum Kfz-Mechatroniker |

Erst 2011 erfährt Assimiou Assakara durch seinen Cousin vom Projekt „Netzwerk Arbeit für Flüchtlinge“. Und das ist es ja, was er möchte: Arbeit!

Beim Projekt NAF erhält Assimiou Assakara Unterstützung und Beratung. Ein sogenannter BAMF-Kurs („Deutsch für den Beruf“ - gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), den der fleißige Togoese von Dezember 2012 bis Juni 2013 besucht, sowie ein integriertes vierwöchiges Praktikum sind wichtige Schritte auf dem Weg zum beruflichen Ziel. Die Partner im NAF-Projekt - in dem Fall sind es VSP, SBW und RegioVision - arbeiten dabei Hand in Hand.

Die Anerkennung seines Berufsabschlusses ist ein weiterer wichtiger Schritt, denn Assimiou Assakara möchte unbedingt wieder in die Kfz-Branche. Dafür müssen die Originaldokumente für seine Ausbildung im Heimatland aus Togo geschickt und übersetzt werden. Dies ist bisher zwar noch nicht gelungen, aber seit dem 2. Juli 2013 arbeitet Assimiou Assakara bei der Firma Hose Nutzfahrzeuge GmbH Schwerin als Mechanikerhelfer. Sobald alle Dokumente vorliegen, gibt es die Option der unbefristeten Beschäftigung als Fachkraft in dieser Firma.

Das Netzwerk wird gefördert durch:



FLÜCHTLINGSHEIME TEILS IN DESOLATEM ZUSTAND

Brief aus Wismar

Derzeit liegt das Augenmerk der Bundesländer darauf, überhaupt ein Dach über den Kopf für Flüchtlinge zu finden. Neue Heime werden eröffnet oder Wohnungen erstmal für Flüchtlinge angemietet. Die seit langem existierenden Heime scheinen da in Vergessenheit zu geraten. Dem Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern liegen mehrere Beschwerden von Flüchtlingen zu ihrer Wohnsituation vor. Mal sind es seit langer Zeit nicht reparierte Fenster, mal eine Heizung, die es nicht schafft, alle Wohnungen zu beheizen und immer wieder das Problem mit Kakerlaken. Ein Brief aus der Unterkunft in Wismar verdeutlicht mehr als genug, dass alle Beteiligten und Verantwortlichen etwas unternehmen müssen, auch wenn die Lösungen nicht einfach auf dem Tisch liegen. Hier die erste Seite aus einem Brief von Flüchtlingen der Unterkunft in Wismar



Wismar, d. 22.10.2013

Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft
Hafburg 2
23970 Wismar

Sozialamt Wismar
Am Markt 1
23966 Wismar

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir wenden uns an Sie, weil wir in unserer Verzweiflung keinen anderen Weg finden.

Wir – Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Wismar, möchten Ihnen mitteilen, in welcher schrecklichen Wohnsituation wir uns befinden. Unsere Unterkunftsstelle ist seit Jahren nicht renoviert worden, die Zimmer, in denen wir wohnen, sind sehr im schlechten Zustand und teilweise vom Schimmelpilz befallen. Die Möbel sind beschädigt und oft erfüllen ihre Funktion nicht mehr. Die Matratzen, auf denen wir schlafen, sind sehr alt und unhygienisch, die Decken, die Bettwäsche und das Geschirr – alles ist abgenutzt, sehr alt und oft kaputt.

Unser größtes Problem jedoch, sind die Kakerlaken, die praktisch in jedem Zimmer und in jeder Küche zu finden sind. Sie verstecken sich in allen denkbaren Spalten, Ritzen und Fugen, besonders hinter Küchenmöbel und Kühlschränken und anderen Elektrogeräten.

Da wir die meisten von ihnen in unseren Zimmern zu stehen haben, sind die Kakerlaken überall. Sie laufen auf den Betten, während wir schlafen, sie befinden sich in Lebensmitteln, die wir essen, sie kriechen sogar in die offenen Getränkeverpackungen, die von uns benutzt werden.

Es gibt immer mehr Kinder und Erwachsene, die krank werden. Kakerlaken können, wie bekannt ist, eine Vielzahl von Krankheiten wie Tuberkulose, Salmonellose, Typhus, Schimmelsporen und Wurmparasiten übertragen.

Zudem verursacht der Kot von Kakerlaken Ekzeme und Asthma. Wir haben in unserer Wohneinrichtung mehrere Kinder, die von diesen Krankheiten befallen sind.

Wir beobachten die Situation seit mehreren Monaten und müssen feststellen, dass dieses Problem immer schlimmer wird. Die Kakerlaken im Asylbewerberheim in Wismar vermehren sich in rasender Geschwindigkeit.



Aussetzung der Rückführung ausreisepflichtiger Staatsangehöriger aus den Balkanstaaten (Winterregelung vom 23.12.13 – 31.03.2014)

Mecklenburg-Vorpommern schließt sich Schleswig-Holstein, Bremen und Rheinland-Pfalz an und wird in diesem Winter keine Balkan-Flüchtlinge abschieben. Die Regelung ist angelehnt an den Erlass in Bremen, in dem es heißt: „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Rückführungen von ausreisepflichtigen Staatsangehörigen aus den Balkanstaaten (Albanien, Bosnien, Herzegowina, Kosovo, Mazedonien, Montenegro und Serbien) im Winter zu besonderen humanitären Härten führen.“

Um besondere Härten zu verhindern, sollen Rückführungen ausgesetzt und Duldungen nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG ausgestellt werden. Diese Regelung gilt vom 23.12.2013 bis 31.3.2014.

Dieses gilt insbesondere für folgende besonders schutzbedürftige Personen bzw. Personengruppen

- Familien oder Alleinerziehende
- mit minderjährigen Kindern
- Allein reisende Frauen
- Menschen über 65 Jahre
- Kranke, schwangere und pflegebedürftige Personen

VERANSTALTUNGSTIPPS



Baltic Sea Network on Migration Issues lädt ein: Konferenz in Kiel vom 6. – 9. März 2014

Seit Anfang des Jahres 2013 ist ein Vorbereitungskreis dabei, ein Netzwerk entlang der Ostseeküste aufzubauen, in dem sich kirchliche und säkulare AkteureInnen in der Integra-

tions-, Migrations- und Flüchtlingspolitik bzw. -unterstützung einbringen können.

Damit sich die im Netzwerk Aktiven auch persönlich kennenlernen können, laden wir zur gemeinsamen Konferenz **6.-9. März 2014** in Kiel ein. Verschiedene Themen wie z. B. die bilaterale oder internationale Zusammenarbeit, rechtliche Grundlagen und Erfahrungen von Flüchtlingsorganisationen werden im Plenum behandelt.

In Workshop-Runden werden jeweils Themen parallel bearbeitet, unter anderem am Freitag Menschen- / Frauenhandel, religiöse Verfolgung sowie Taufe und Konversion im Asylverfahren und am Samstag Dublin Verfahren, Abschiebungen und Abschiebungshaft, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und traumatisierte Flüchtlinge.

Ein Teilnahmebeitrag von 150 Euro wird für die Unterbringung im Hotel, die Verpflegung, Simultanübersetzung der Plenumsitzungen und das Programm erhoben. Die Sprache in den Arbeitsgruppen ist Englisch, eine Flüsterübersetzung ist möglich für die Personen, die sich mit ihren Sprachkenntnissen nicht ganz sicher fühlen.

Inzwischen sind wir in den Planungen so weit fortgeschritten, dass die ersten Voranmeldungen entgegengenommen werden können.

Mehr dazu siehe www.baltic-sea-network.net, Skype: bsn-migration

Fortbildung Einführung in die Dublin III-Verordnung

Referenten: Dominik Bender, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, Maria Bethke, Asylverfahrensberaterin, des Ev. Dekanats Gießen in der Hessischen Erstaufnahmeeinrichtung

Wann und Wo: **04.02.14, 9.30 – 16.30 Uhr** im Schleswig-Holstein-Haus in Schwerin

Es werden unter anderem folgende Themen angesprochen: einschneidende Veränderungen des Anwendungsbereichs des Dublin-Systems (Erweiterung, Einschränkung), Verbesserung der Möglichkeiten, Eilrechtsschutz zu erlangen, Veränderung der Zuständigkeitskriterien gegenüber Dublin II, Ausbau der Verfahrensrechte der Betroffenen,...

Teilnehmerbeitrag: 30 Euro, Ermäßigung auf Anfrage möglich
Teilnehmerzahl begrenzt. Bereits zahlreiche Anmeldungen erfolgt.
Mehr dazu finden Sie auf unserer Website unter www.fluechtlingsrat-mv.de.

Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. setzt sich ein für

- faire Asylverfahren
- Zugang zu Arbeits-, Bildungs-, Ausbildungsmöglichkeiten für Flüchtlinge
- menschenwürdigen Wohnraum außerhalb von Heimen und uneingeschränkte medizinische Versorgung

und ist gegen

- Fremdenfeindlichkeit und Rassismus jeglicher Art.

Der Flüchtlingsrat MV ist Mitglied bei PRO ASYL und bundesweit mit anderen Flüchtlingsinitiativen und Organisationen verbunden.

Wir beraten

- Asylsuchende, geduldete und anerkannte Flüchtlinge sowie Bürgerkriegsflüchtlinge, haupt- und ehrenamtlich tätige Personen, Vereine und Initiativen, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind.

Wir organisieren

- Weiterbildungen, Aktionen rund um das Thema Flucht und Asyl.

Wir vermitteln

- Hilfe und Begleitung für Flüchtlinge zu Ärzten, Beratungsstellen, Rechtsanwälten usw.

Wir koordinieren und fördern

- die Vernetzung der Flüchtlingsarbeit in MV.

Helfen kann jeder

- durch eine Spende auf folgendes Konto:
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 100 205 00
KTO: 1194300
- durch eine Mitgliedschaft
- durch eine freiwillige Mitarbeit.



FLÜCHTLINGSRAT
Mecklenburg -Vorpommern e.V.

Viele Organisationen schicken jetzt in der Weihnachtszeit Spendenaufrufe in die Haushalte. Wir bitten darum, zu überlegen, ob nicht in diesem Jahr einmal eine Spende zugunsten der Menschen geleistet werden kann, die in Mecklenburg-Vorpommern nur eine sehr kleine Lobby haben.

Flüchtlinge leben unter uns und werden von der Mehrheitsbevölkerung kaum wahrgenommen oder aber von Rechtsextremen beschimpft, bekämpft oder verletzt.

-  Wer weiß schon, dass Flüchtlinge keinen Anspruch auf Deutschkurse haben und zunächst nicht arbeiten dürfen?
-  Wer kennt schon eine Gemeinschaftsunterkunft von innen und weiß, dass hier ein Flüchtling Anspruch auf 6 qm Platz hat?
-  Wer kennt schon die komplizierte Rechtslage des Asylrechts, des Ausländerrechts und ihre Wechselwirkungen mit dem Sozialrecht?

Der Flüchtlingsrat berät einerseits Flüchtlinge, begleitet sie zu Behörden, zu Ärzten, organisiert Dolmetscher, leistet soziale (nicht finanzielle) Unterstützung. Er qualifiziert Beratungsstellen und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit Tätige und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die o. g. Themen. Wir geben z. B. diese Zeitung heraus.

Durch unsere **Unterstützung**

-  wurden im vergangenen Jahr etwa 250 Teilnehmer_innen in den von uns organisierten Seminaren über die Neuerungen im Aufenthaltsgesetz und in der Beschäftigungsverordnung informiert.
-  war es möglich, vielfältige Veranstaltungen, Lesungen und Aktionen zu organisieren.
-  haben im vergangenen Jahr rund ein Dutzend jugendlicher Flüchtlinge einen Ausbildungsplatz gefunden oder - anders ausgedrückt - Unternehmen ihre freien Lehrstellen besetzen können.

Wir engagieren uns seit diesem Jahr dafür, dass Flüchtlinge in den Heimen die Möglichkeit erhalten per Internet Kontakt zu ihren Familien in Syrien, Afghanistan, dem Iran usw. aufnehmen zu können oder aber auch zu Verwandten, denen ein anderer Wohnort in Deutschland zugewiesen wurde. Wir wollen auch in weiteren Orten Alphabetisierungskurse anschieben. Denn unsere lateinische Schrift haben die Flüchtlinge (ebenso wie wir die arabischen Schriftzeichen) oft nicht gelernt.

Wir werden durch den UNHCR, Pro Asyl und über den Europäischen Flüchtlingsfonds gefördert. Aber insbesondere der Beratungsbedarf ist in unserem Flächenland wesentlich größer als das, was wir durch diese Unterstützung und durch Spenden leisten können. Probleme bereitet uns vor allem die erforderliche Kofinanzierung der Fördermittel.

**Bank für
Sozialwirtschaft**
BLZ 100 205 00
Konto 1194 300



Für

- 10 €** können wir 1 Std. Nachhilfe für ein Flüchtlingskind organisieren.
- 20 €** können wir für 1 Std. Dolmetscherleistung bezahlen.
- 30 €** kann ein Flüchtling eine Woche einen Sprachkurs besuchen.
- 50 €** kann ein Flüchtling einen Monat eine Zusatzqualifizierung erwerben.
- 100 €** können wir eine Gruppenberatung in einer Gemeinschaftsunterkunft organisieren oder einen Tag in der Erstaufnahmeeinrichtung in Horst beraten.

Unsere Arbeit ist weder umsonst noch kostenlos.

Deswegen erbitten wir Spenden.

Eine Spendenbescheinigung wird zu Beginn des nächsten Jahres automatisch versandt.